



Politik
Strengere Gesetze für Spielzeug

Henning Jess
357 words
7 November 2008
Financial Times Deutschland
13
German

(c) 2008 - All rights reserved. Copyright Financial Times Deutschland, Hamburg.

Europaparlament beschließt Verbot vieler Chemikalien · Streit über unabhängige Tests

Von Henning Jess, Brüssel

Das Europäische Parlament will die Auflagen für die Produktion von Kinderspielzeug deutlich verschärfen. Die Abgeordneten einigten sich darauf, gefährliche Chemikalien und Schwermetalle in Kuscheltieren, Autos, Puppen und anderen Spielsachen zu verbieten. Eine sogenannte Drittzertifizierung, eine Art Spielzeug-TÜV, wird es aber nicht geben. Danach wäre eine unabhängige Stelle für die Prüfung der Spielzeuge verantwortlich gewesen und nicht mehr die Produzenten selbst.

Die EU arbeitet schon seit fünf Jahren daran, die zwei Jahrzehnte alte und überholte Richtlinie zu erneuern. "Mittlerweile haben wir es mit der paradoxen Situation zu tun, dass die Kosmetikrichtlinie moderner ist als die wichtige Spielzeugrichtlinie", sagte die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt.

Angespornt wurde die EU-Kommission im vergangenen Jahr, als der amerikanische Spielzeughersteller und Weltmarktführer Mattel millionenfach bleiverseuchtes Spielzeug zurückrufen musste, das in China produziert worden war. Das Parlamentsplenum will das neue Regelwerk noch im Dezember verabschieden. Auch die 27 EU-Staaten müssen zustimmen.

Von dem Chemikalienverbot ausgenommen sind Batterien, Mikrochips sowie andere Teile im Inneren des Spielzeugs. Diese elektronischen Teile müssen allerdings fest verschraubt werden, damit Kinder erst gar nicht in Kontakt damit kommen. Von dem Verbot betroffen sind viele Duftstoffe.

Die Reform überleben wird das Überraschungsei, da der Spielzeugkern klar von der Schokolade getrennt ist. Spielsachen, an die Kinder erst herankommen, wenn sie vorher eine Schicht Schokolade oder Zuckerguss wegessen, sollen aber nicht mehr auf den Markt kommen dürfen. In Zukunft sollen außerdem Informationen über die Produktion der Waren sowie Warnhinweise auf den Verpackungen angebracht werden.

Politiker aller Fraktionen begrüßten das neue Gesetzeswerk. Weiterhin Streit gibt es aber über den Spielzeug-TÜV. Der CDU-Abgeordnete **Andreas Schwab** nannte eine solche Vorschrift "Augenwischerei". Dies werde den Verbraucherschutz nicht automatisch erhöhen. Außerdem würden hohe Kosten für die Industrie entstehen. Enttäuscht zeigten sich SPD, Grüne und Verbraucherschützer, die sich für unabhängige Tests ausgesprochen hatten. "Strengere Sicherheitsregeln machen nur Sinn, wenn sie von unabhängigen Dritten kontrolliert werden", sagte Gebhardt.

Der europäische Verband der Spielzeughersteller (TIE) kritisierte die Beschlüsse. Zwar müsse die Sicherheit der Kinder garantiert werden, aber die europäischen Produzenten weltweit müssten auch konkurrenzfähig bleiben, hieß es.

Document FTD0000020081107e4b70000q